

Stellungnahme GAS CONNECT AUSTRIA GmbH:

Verordnungsentwurf des Vorstands der E-Control mit der die Gas-Markt-Modell-Verordnung 2012 geändert wird (GMMO-VO Novelle 2015) sowie Entwurf Sonstige Marktregeln Gas für das Marktgebiet Ost, Kapitel 2 („SoMa 2“)

(Stand: 14. August 2015)

INHALT

Inhalt	2
1 Zum Entwurf der GMMO-VO Nov. 2015	3
1.1 ad Punkt 2	3
1.2 Ad Punkt 5	3
1.3 ad Punkt 8	4
1.4 Ad Punkt 10	4
1.5 Ad Punkt 11	45
1.6 Ad Punkt 14	5
1.7 Ad. Punkt 16 und 17	65
1.8 Ad. punkt 19	65
1.9 Ad. punkt 24	6
2 Zum Entwurf der SoMa 2	76
2.1 Allgemein	76
2.2 Ad Nr. 87a, 89a, 91a und 92a	76
2.3 Ad Nr. 92 und 92a	7

Anlage: Auszug aus GCA-Stellungnahme zu SoMA 2, Nov. 2014

Zum Verordnungsentwurf des Vorstands der E-Control über die Gas-Markt-Modell-Verordnung 2012 (GMMO-VO Novelle 2015) sowie zum „Entwurf Sonstige Marktregeln Gas für das Marktgebiet Ost, Kapitel 2“ („SoMa 2“) nimmt GAS CONNECT AUSTRIA GmbH („GCA“) im Rahmen des Begutachtungsverfahrens binnen offener Frist Stellung wie folgt:

1 ZUM ENTWURF DER GMMO-VO NOV. 2015

1.1 AD PUNKT 2

§ 4 (2) GMMO-VO: Grundsätzlich darf die Bündelung von Kapazitäten dem Maximierungsgebot gem. § 3 der GMMO-VO, welches besagt, dass das Angebot an ausweisbaren festen Kapazitäten nach Möglichkeit zu erhöhen ist, nicht entgegenstehen. Zuordnungsauflagen sind ein Mittel, um mit Kapazitätsengpässen umzugehen. Da Zuordnungsauflagen stets Bedingungen enthalten, werden Transportmöglichkeiten vorab festgelegt und sohin limitiert.

Ein geeigneteres - weil besser auf die Erfordernisse des Marktes abgestimmtes - Mittel zur Engpassbeseitigung ist die Konkurrenz. Die Wahlmöglichkeit wird hierbei dem Transportkunden überlassen, der seine eigenen Erwartungen und Erfordernisse durch sein Bietverhalten konkretisieren kann. Dadurch ist es nicht notwendig, ex ante Festlegungen durch Zuordnungsauflagen zu treffen, die dem Markt in Wahrheit nie so gut entgegenkommen können wie die Konkurrenz. Die GMMO-VO selbst sieht in § 3 (2) Zuordnungsauflagen als nachgelagertes Instrument zum Engpassmanagement.

Es ist überhaupt fraglich, ob Zuordnungsauflagen welche - unter gewissen Voraussetzungen, nämlich immer dann, wenn die Bedingung nicht erfüllt ist - als unterbrechbare Kapazität zu werten sind mit dem Konzept von Bündelung zusammenpassen, da Art 19 der Verordnung (EU) Nr. 984/2013 (im folgenden „CAM NC“) ausdrücklich eine Regelung für feste Kapazitäten darstellt.

Aus den genannten Gründen regen wir an, diesen Absatz wie folgt zu formulieren:

„Die Fernleitungsnetzbetreiber können gebündelte und/oder ungebündelte Kapazität unter Maßgabe der Kapazitätsmaximierung anbieten.“

1.2 AD PUNKT 5

Die Ergänzung des § 8 GMMO-VO hat offenbar den Zweck, Art. 8 Abs. 9 CAM NC umzusetzen. Dazu ist es nicht notwendig den Marktgebietsmanager in Bedarfserhebungsprozesse miteinzubeziehen, zumal dieser eine nationale Einrichtung ist. Diese Prozesse können, wie in anderen Verfahren auch, durch den Fernleitungsnetzbetreiber durchgeführt werden. Auch die zwingende Einrichtung einer Online- Plattform erscheint aufwändig. Wir weisen in diesem

Zusammenhang darauf hin, dass auch in anderen bewährten Prozessen wie der Netzentwicklungsplanung Bedarfserhebungen weder der Involvierung des MGM noch einer Online-Plattform bedürfen. Aus Zweckmäßigkeits- und Kostengründen regen wir daher an, den zweiten Satz des § 8 in enger Anlehnung an den Text des CAM NC wie folgt zu fassen:

„Über dieses Mindestmaß hinausgehende Anteile können gemäß den Ergebnissen einer von den Fernleitungsnetzbetreibern bei den Netzbenutzern durchzuführenden Bedarfserhebung und nach Konsultation angrenzender Fernleitungsnetzbetreiber je Grenzkopplungspunkt vorgeschlagen werden.“

1.3 AD PUNKT 8

Generell ist fest zu halten, dass wir den Verweis auf die Präzisierung des CAM NC begrüßen. Dies bestätigt sich durch die diesbez. Klarstellungen z. B. in § 4 Abs. 1, § 6 Abs. 1 sowie § 9 Abs. 2 des Verordnungsentwurfs.

Dieser Intention und Systematik folgend, ist daher in § 9 Abs. 6 des Verordnungsentwurfs der Verweis auf die nationale Verordnung („*dieser Verordnung und*“) zu streichen.

1.4 AD PUNKT 10

Wir regen an, den ursprünglichen Text der GMMO-VO beizubehalten, zumal die ursprüngliche Formulierung klarstellt, dass eine Renominierungs - Obergrenze von 90% nur auf unterbrechbarer Basis überschritten werden darf, sowie eine Renominierungs - Untergrenze von 10% nur auf unterbrechbarer Basis unterschritten werden darf. Die vorgeschlagene Änderung trägt unserer Ansicht nach in keiner Weise zur Klarstellung bei. Folglich ist der bisherige § 11 (5) GMMO-VO unverändert beizubehalten, um potenzielle Unklarheiten zu vermeiden.

Redaktionell ist festzuhalten, dass der zulässige Renominierungsbereich kaufmännisch stets auf ganze kWh/h gerundet wird.

In § 11 (3) GMMO-VO ist klarzustellen, dass bei der Bestimmung des zulässigen Renominierungsbereiches neben den Day Ahead Kapazitäten auch die untertägigen Kapazitäten nicht zu berücksichtigen sind.

1.5 Ad PUNKT 11

Wie beim vorigen Punkt 10 ausgeführt, ist der aktuelle Text des derzeit gültigen § 11 Abs. 5 der GMMO-VO beizubehalten und demnach die angeregten Änderungen des Verordnungsentwurfes nicht umzusetzen.

Die vorgesehene Regelung der Renominierungsbeschränkung nach unten steht im Ziel und-Rangfolgekonflikt mit der im Matching Prozess anzuwendenden „lesser of rule“. Zudem gilt für Fernleitungsnetzbetreiber innerhalb der EU die Verpflichtung, Grenzquerungspunkte auf Fernleitungsebene grundsätzlich bidirektional betreibbar auszustatten. Eine Ausnahme davon ist nur in begründeten Fällen, wie z.B. keine ausreichende Marktnachfrage, möglich und bedarf eines Bescheides der jeweiligen nationalen Regulierungsbehörde.

Diesen Bestimmungen folgend lässt sich ein Mehrwert der Renominierungsbeschränkung nach unten nicht ableiten, weil bei bidirektionalem Betrieb die Kapazität ohnehin in beide Richtungen zur Verfügung steht und es eben keiner Absicherung potenzieller Gegenflüsse durch fixierte Nominierungen bedarf. Bei unidirektionalen Punkten besteht für Gegentransporte ohnehin keine Nachfrage. Aufgrund einer potenziell punktuell auftretenden Nachfrage an Gegentransporten an unidirektionalen Punkten die langjährig bewährte Matchingregel der „lesser of rule“ aufzugeben erscheint unzweckmäßig und darüber hinaus unverhältnismäßig, weil beispielsweise das Bilanzierungssystem in den beiden aneinandergrenzenden Marktgebieten durch diese neue Regel maßgeblich abzuändern wäre.

Zudem hätte die vorgeschlagene Änderung erhebliche Auswirkungen auf die Vermarktung, zumal Renominierungsbeschränkungen am Exitpunkt vermarktbare, garantierte Kapazitäten am Entrypunkt schaffen sollen. Mangels der Möglichkeit eines physischen Flusses; z.B. bei Wegfall der Quelle im Marktgebiet des renominierungsbeschränkten Netzbenutzers, ist dies aber von vornherein gar nicht möglich, was bei beiden betroffenen Netzbenutzern zu Unausgeglichenheiten, mit allen nachteiligen, auch monetären Konsequenzen in den jeweiligen Marktgebieten führen würde. Zudem werden für eine potenzielle punktuelle Nachfrage Kapazitäten auf unterbrechbarer Basis angeboten.

Aus diesen Gründen und insbesondere um den oben genannten Konflikt zu verhindern und die oben beispielhaft angedeuteten Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen, regen wir folgenden Formulierungsvorschlag in Ergänzung des neuen Textes an:

Eine Unterschreitung der unteren Renominierungsgrenze von 10% ist zulässig, falls dies für ein positives Matchingergebnis erforderlich ist („lesser of rule“).

1.6 AD PUNKT 14

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Netzzutrittsverträge die erstmalige Herstellung des Netzanschlusses regeln. Diese in Bezug auf Speicher und Produktionsanlagen nach den Vorgaben des VGM abzuschließen, soweit diese Verträge Auswirkungen auf die Steuerung des Verteilernetzes haben, erscheint systemfremd, thematisch verfehlt und mit den Bestimmungen des § 59 GWG nicht in Einklang zu bringen. Wie die Erläuterungen korrekt wiedergeben, ist der geeignete Ort für die Einbindung des VGM der Netzkopplungsvertrag. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der Gesetzgeber den Abschluss eines solchen für Betreiber von Speicher- und Produktionsanlagen nicht verbindlich vorgesehen hat. Dies wohl u.a. deshalb, weil die für die Erfüllung der Aufgaben des VGM erforderlichen Rechte durch andere

Gesetzesbestimmungen bereits ausreichend gesichert sind. Gem. § 27 (1) GWG hat der Netzbetreiber ein Netzzugangsbegehren dem VGM unverzüglich zur weiteren Veranlassung zu übermitteln, insoweit sich das Netzzugangsbegehren auch auf die dem jeweiligen Verteilernetz vorgelagerten Erdgasleitungen bezieht (also immer, wenn Zugang zum Virtuellen Handelpunkt begehrt wird). Der Netzzugangsvertrag hat weit eher Auswirkung auf die Steuerung des Verteilernetzes als der Netzzutrittsvertrag, da im Netzzugangsvertrag die tatsächlich bereitzustellende Kapazität vereinbart wird. Gem. § 58 (2) Z. 1 GWG sind die relevanten Verteilerleitungsanlagen nach den Vorgaben des VGM zu betreiben, zu erhalten und auszubauen, was den Netzzutritt von Produktions- und Speicheranlagen mitumfasst. Darüber hinaus ermöglichen § 16 (3) GMMO-VO bzw. § 17 (2) GMMO-VO dem Verteilergebietsmanager die Sicherung seiner Rechte unmittelbar gegenüber den Betreibern von Speicher- bzw. Produktionsanlagen. Die Ergänzung zu § 14 Abs. 3 GMMO-VO ist daher zu streichen.

1.7 AD. PUNKT 16 UND 17

Keine Anmerkung zum Verordnungswortlaut, in den Erläuterungen regen wir aber an, in Abs. 2 die Worte „*längstens*“ und „*auch spätestens*“ zu streichen. Damit wäre klargestellt, dass es nur ein Vertragsregime geben kann und die Verwaltung desselben wäre entsprechend vereinfacht.

1.8 AD. PUNKT 19

Der Regelungszweck ist unklar, da Speicherunternehmen und Speicherpools bereits eindeutige Identifikationsnummern (EIC Codes) besitzen bzw. bei Bedarf einen Antrag an den Marktgebietsmanager schicken können. Ein Speicherunternehmen hat auch jetzt schon die Möglichkeit, sich als Bilanzgruppenverantwortlicher zu registrieren. Auch existieren solche Speicherbilanzgruppen bereits und es wurden entsprechende X-Codes bereits vergeben – es bleibt also fraglich, ob andere Identifikationsnummern gemeint sein könnten. Im Ergebnis stiftet die Bestimmung eher Verwirrung und ein Mehrwert dieser Einfügung ist nicht erkennbar. Auch die Erläuterungen sind zur Klärung dieser grundsätzlichen Fragen nicht hilfreich. Wir regen daher die Streichung des Einschubs „*jedem Speicherunternehmen*“ an.

1.9 AD. PUNKT 24

Anders als im zweiten Satz, wird im ersten nicht auf die Novelle hingewiesen, sodass der Eindruck entstehen könnte, die in Satz 1 aufgezählten Bestimmungen seien bis zum 1.11.2015 außer Kraft gesetzt.

2 ZUM ENTWURF DER SoMA 2

2.1 ALLGEMEIN

Offenbar besteht die Intention, Speicherkunden nunmehr die Grenzquerung zu erlauben, ohne ihnen jedoch Netting-Möglichkeiten zu zugestehen. Die Speicherkunden wären dann wohl Bilanzgruppen und müssten Nominierungen abgeben, es stellt sich jedoch die Frage an wen diese Nominierungen gerichtet sein müssten, der entsprechende Prozess wäre in den sonstigen Marktregeln noch abzubilden. Doppelverrechnungen wären zu vermeiden, was eine Anpassung der GSNE-VO erforderlich machen würde: Speicherkunden haben ja derzeit die Möglichkeit der Grenzquerung nicht. Insgesamt stellt sich die Frage, wie genau diese „Sonderbilanzgruppe Speicherkunden“ einzuordnen wäre, im Hinblick auf die nicht vorhandene Netting-Möglichkeit wären sie gegenüber den anderen Bilanzgruppen jedenfalls benachteiligt.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns, auf unsere Stellungnahme im Rahmen der vorangegangenen Überarbeitung der SoMA2 vom 01.08.2014 (p. 7/8 und 8/8) und den einschlägigen Ausführungen dort zu verweisen, welche wir der Vollständigkeit halber dieser Stellungnahme anschließen.

2.2 AD NR. 87A, 89A, 91A UND 92A

Da auf Fernleitungsebene Nominierungen je Bilanzgruppe abgegeben werden, kennt der TSO weder die Speicherkunden, noch deren Nominierung. Dasselbe gilt für den MGM, welcher jedoch diese Speichernominierungen bestätigen soll.

2.3 AD NR. 92 UND 92A

Hier muss der Empfänger der Nominierungen richtig gestellt werden. Die Nominierungen müssen vom TSO an den VNB übermittelt werden, nicht wie aktuell angeführt an den VGM.

Anlage: Auszug aus GCA-Stellungnahme zu SoMA 2, Nov. 2014

SONSTIGE MARKTREGELN KAPITEL 2 (KOMMUNIKATION UND FRISTENLAUF)

FORMULIERUNGS- VORSCHLAG:

Nr.	Datenaustausch (Unterscheidung Nominierung und Renominierung über Zeitpunkt)	Kurzbeschreibung	Counterparts		Zeitpunkte (D ist der Gastag, an dem der phys. Fluss stattfindet)			Datenstruktur		Nachrichtenformate	
			von	an	day-ahead-Zyklus	intra-day-Zyklen	sonstige Zeitpunkte	Struktur:	in Zeitraster:	EDIG@S	weitere
neu: 33a	Bestätigung der Kapazitätsnominierung Speicher/Produzent im VG	Bereitstellung der Bestätigungsnachricht für SSO/PSO an den zuständigen VNB	VGM	VNB	bis 15:00 an D-1	spätestens 1h nach voller Stunde nach Nachrichteneingang (Speicher-/Produktionsnominierung)	-	Menge je Richtung, je Speicher- bzw. Produktionsstandort am Verteilernetz des VNB	Stundenwerte	NOMRES	KISS-A
Datenaustausch grenzquerende Speichernutzung											
neu: 86	Bestätigung der allokierten Fahrpläne Speicher im VG	Bereitstellung der Bestätigungsnachricht für SSO an den VNB	VGM	VNB	bis 15:25 an D-1	spätestens 1h25min nach voller Stunde nach Nachrichteneingang		Menge je Richtung, je BG	Stundenwerte		Gemäß den Vereinbarungen der Systembetreiber
neu: 87	Bestätigung der allokierten Fahrpläne Speicher im VG	Bereitstellung der Bestätigungsnachricht für SSO an den TSO für den Fall, dass die Speicheranlage sowohl auf der FLN-Ebene als auch im VG liegt und diese zur Grenzquerung genutzt werden kann.	VGM	TSO	bis 15:25 an D-1	spätestens 1h25min nach voller Stunde nach Nachrichteneingang		Menge je Richtung, je BG	Stundenwerte		Gemäß den Vereinbarungen der Systembetreiber

neu: 88	Veränderung des Ist-Werts des Speicherstandkontos pro Bilanzgruppe	Stündliche Veränderung des Ist-Werts des Speicherstandkontos pro Bilanzgruppe, die Nominierungsrechte an den relevanten Speicherpunkten hält	SSO	VNB			spätestens bis zum 3. Arbeitstag des Folgemonats	Menge je Richtung, je BG	Stundenwerte	Gemäß den Vereinbarungen der Systembetreiber
neu: 89	Veränderung des Ist-Werts des Speicherstandkontos pro Bilanzgruppe	Stündliche Veränderung des Ist-Werts des Speicherstandkontos pro Bilanzgruppe, die Nominierungsrechte an den relevanten Speicherpunkten hält	SSO	TSO			spätestens bis zum 3. Arbeitstag des Folgemonats	Menge je Richtung, je BG	Stundenwerte	Gemäß den Vereinbarungen der Systembetreiber
neu: 90	Allokierte Nominierungen an Speicheranbindungspunkten im FLN	Bereitstellung der allokierten Speicher-nominierungen für MGM an den VNB für den Fall, dass die Speicheranlage sowohl auf der FLN-Ebene als auch im VG liegt und diese zur Grenzquerung genutzt werden kann.	TSO	VNB	bis 15:25 an D-1	spätestens 1h25min nach voller Stunde nach Nachrichteneingang		Menge je Richtung, je BG	Stundenwerte	Gemäß den Vereinbarungen der Systembetreiber

BEGRÜNDUNG

- Zu 33a: Der VNB ist für die OBA-Kontoführung zwischen Verteilernetz und angeschlossenen Speicher- bzw. Produktionsanlagen verantwortlich. Neben den Messwerten benötigt er dazu auch die bestätigten Kapazitätsnominierungen, die der VGM gemäß Zeile Nr. 23 der Somagas 2 nur an den SSO bzw. PSO übermittelt.
- Zu Datenaustausch grenzquerende Speichernutzung (86-90): Ergänzung notwendig aufgrund 3. GSNE-VO 2013 - Novelle 2014 (Vergleich Soll-Ist-Stand)